



Friedrichstraße 169  
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur  
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70  
Telefax 030.40 81-55 99  
presse@dbb.de  
www.dbb.de

**Nr. 35**

**25. Oktober 2017**

## **Inhalt**

[„Die Unverzichtbaren“: dbb startet 4. Staffel+++](#)  
[Dauterstadt: Vier Millionen jugendliche Arbeitslose sind Schreckenszahl+++](#)  
[EU-Gleichstellungsindex – Wildfeuer: Gleichstellung mit moderner Arbeitszeitpolitik voranbringen++++](#)

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

[Bayerischer Beamtenbund begeht 100. Gründungsjubiläum+++](#)  
[dbb sachsen-anhalt: Tarifergebnis wird im Vorgriff übertragen+++](#)  
[Schleswig-Holstein: Daseinsvorsorge verträgt kein unternehmerisches Risiko+++](#)  
[VBB begrüßt verbesserte europäische Zusammenarbeit bei der Verteidigung+++](#)

## **Namen und Nachrichten+++**

aktuell

Informationsdienst des dbb

## „Die Unverzichtbaren“: dbb startet 4. Staffel

Zuwachs für die dbb-Nachwuchskampagne „Die Unverzichtbaren“: Ab dem 23. Oktober 2017 machen fünf neue Gesichter auf Plakaten an rund 9.000 Schulen bundesweit und im Internet Werbung für den Arbeitgeber öffentlicher Dienst.

Damit läuft die mittlerweile 4. Staffel der Kampagne, die der dbb 2013 gestartet hat, um junge Menschen auf die vielfältigen und spannenden Berufsmöglichkeiten bei „Vater Staat“ aufmerksam zu machen. Diesmal liegt der Schwerpunkt auf Tätigkeiten des Technischen Dienstes. Eine Architektin, eine Eichbeamtin, eine Elektronikerin, ein angehender Ingenieur und ein IT-Forensiker der Bundespolizei informieren in Videos über ihre Berufe.

### Technischer Dienst auf Fachkräfte-Suche

Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt freut sich, „dass wir für unsere neue Runde in der Nachwuchswerbung so tolle und motivierte junge Kolleginnen und Kollegen aus dem Technischen Dienst gewinnen konnten. Denn gerade hier wiegen die Nachwuchssorgen besonders schwer“, weiß der dbb Chef. „Weil in den vergangenen Jahren Einstellung und Ausbildung neuer Fachkräfte sträflich vernachlässigt wurden, droht dem Technischen Dienst mit den massenhaft anstehenden Ruhestandseintritten auch ein massiver Verlust von Know-how. Wenn sich der Staat diesem Brain-Drain nicht schleunigst mit einer innovativen und nachhaltigen Personalpolitik entgegen-

stemmt, werden öffentliche Infrastruktur, Sicherheit, Versorgung und Verbraucherschutz spürbar Schaden nehmen“, warnt Dauderstädt. „Wir brauchen mehr Unverzichtbare, wir brauchen die besten Köpfe im gesamten öffentlichen Dienst, damit Deutschland funktioniert. Deswegen werden ‚Die Unverzichtbaren‘ weiter intensiv Werbung für den Berufsnachwuchs machen.“

Mittlerweile gehören die Plakate und Postkarten der „Unverzichtbaren“ fest zum Erscheinungsbild an mehreren tausend Schulen der Sekundarstufe 1. Ergänzt um die Internet- und Werbeangebote, hat die von Politik, Arbeitgebern und anderen Verbänden hochgelobte Kampagne mittlerweile deutlich mehr als 15 Millionen Kontakte erreicht. Auf dem Internetportal <http://www.die-unverzichtbaren.de/> stellen „Die Unverzichtbaren“ ihre spannenden Berufe in Interviews, Videos und Blogs vor, außerdem gibt es dort Informationen zu mehr als 100 Berufsprofilen und einen interaktiven Berufsfinder für den öffentlichen Dienst. „Die Unverzichtbaren“ sind natürlich auch auf [Facebook](#). Ein weiteres Element der Kampagne ist die Lehrermappe „Öffentlicher Dienst“ mit einer komplett aufbereiteten Unterrichtseinheit zum öffentlichen Sektor und seinen Berufen für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe 1, die den Pädagogen an den entsprechenden Schulen jährlich bundesweit zur freien Nutzung angeboten wird.  
(01/35/17)

## Dauderstädt: Vier Millionen jugendliche Arbeitslose sind Schreckenszahl

**Berufliche Bildung ist ein wichtiger Schlüssel im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Deshalb kamen am 20. Oktober 2017 Gewerkschafter und Praktiker aus ganz Europa in Berlin zusammen, um sich über die europäischen Perspektiven dieses wichtigen Bereichs auszutauschen.**

Der dbb Bundesvorsitzende und Vizepräsident der Europäischen Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI), Klaus Dauderstädt, begrüßte die 120 Teilnehmer im dbb forum berlin. „Bildung, auch berufliche Bildung, kann und darf nicht auf bloße Arbeitsmarktverwertbarkeit reduziert werden, denn Bildung hat eine herausragende Bedeutung für den Einzelnen und für die Gesellschaft“, sagte er.

Vier Millionen jugendliche Arbeitslose in Europa seien eine Schreckenszahl: „Ich meine das

durchaus anklagend“, so Dauderstädt. „Vier Millionen Mal Zukunft in Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit? Das kann ja wohl nicht unser Ernst sein.“ Tatsächlich seien trotz der wirtschaftlichen Erholung in Europa 17 Prozent der jungen Menschen im arbeitsfähigen Alter ohne Beschäftigung, weder in schulischer oder universitärer noch in beruflicher Ausbildung. Und das seien die offiziellen Zahlen, wie das europäische Statistikamt sie meldet. „Wie viel prekäre Beschäftigung, wie viel unbezahlte Praktika nach Studienabschluss Arbeitslosig-

keit verdecken, ist eine offene Frage“, so der dbb Bundesvorsitzende.

### Öffentlicher Dienst steht in der Pflicht

Viele EU-Staaten interessierten sich inzwischen für das duale System der Berufsbildung, wie es in Deutschland entwickelt wurde. Dieses Erfolgsmodell dürfe aber nicht Anlass zur Selbstzufriedenheit geben, erklärte der dbb Chef. „Was unsere Bildungsinvestitionen angeht, sind wir in Deutschland alles andere als vorbildlich für Europa.“

Dauderstädt nahm auch den öffentlichen Dienst in die Pflicht. Der öffentliche Arbeitgeber und Dienstherr stehe in besonderer Verantwortung. „Wie kann es sein, dass wir in Deutschland junge nicht verbeamtete Lehrer zu den Sommerferien in die Arbeitslosigkeit entlassen – und gleichzeitig Lehrermangel haben? Wie kann es sein, dass wir zunehmend befristete Verträge, Kettenverträge, prekäre Beschäftigung auch im öffentlichen Dienst haben?“ Es werde in diesen Tagen viel über die Zukunft der Europäischen Union gesprochen. Diese sei untrennbar verbunden mit dem Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit und dem Einsatz für bessere Bildung und nachhaltige Arbeitsplätze in Europa.

### dbb jugend-Chefin: Gute Erfahrungen mit dualem Studium

Die Chefin der dbb jugend, Karoline Herrmann, berichtete auf dem Podium von ihren Erfahrungen mit einem dualen Studium im öffentlichen Dienst. „Bereits während des Studiums hatte ich einen direkten Praxisbezug und konnte in den verschiedensten Verwaltungsbereichen mitarbeiten.“ Positiv bewertete die heutige Kommunalbeamtin auch, dass sie bereits während des Studiums zur Beamtin auf Widerruf ernannt wurde, somit wirtschaftlich unabhängig gewesen sei und in ihrem Fall gute Aussichten auf eine Übernahme bestanden hätten.

Auch die Vorsitzende der dbb jugend Bund kritisierte die nach wie vor geringen Chancen, nach dem Ende der Ausbildung übernommen zu werden. „Für mich war das mit der Übernahme nach dem erfolgreichen Abschluss des Studiums kein Problem, aber in vielen Bereichen sieht das ganz anders aus. Viele junge Leute wählen den öffentlichen Dienst als Arbeitgeber, weil sie gerne einen sicheren Arbeitsplatz hätten. Leider ist der öffentliche Dienst in Deutschland aber immer noch Spitzenreiter bei Befristungen.“

Die öffentlichen Arbeitgeber täten – auch mit Blick auf den immer deutlicher hervortretenden Fachkräftemangel – gut daran, grundsätzlich unbefristet einzustellen.

(02/35/17)

## EU-Gleichstellungsindex – Wildfeuer: Gleichstellung mit moderner Arbeitszeitpolitik voranbringen

Die Ungleichheit bei der Verteilung von bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Haus- und Sorgearbeit zwischen Männern und Frauen nimmt einer Erhebung des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen (EIGE) zufolge weiterhin zu. „Addiert man bezahlte und unbezahlte Arbeitsstunden arbeiten Frauen im Schnitt sechs Stunden mehr pro Woche als Männer“, kommentierte die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, Helene Wildfeuer, am 23. Oktober 2017 die Ergebnisse des kürzlich von der EIGE veröffentlichten EU-Gleichstellungsindexes.

„Das ist wertvolle Zeit, die den Frauen im Job fehlt, um sich weiterzubilden, wichtige berufliche Netzwerke zu pflegen und die nötigen Einkünfte zu erzielen, die sie im Alter ausreichend absichern. Auch in Deutschland müssen wir dieser Problematik dringend begegnen“, machte die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung deutlich.

Deutschland als größte Volkswirtschaft der EU müsse hier mit gutem Vorbild vorangehen. „Die Arbeitgeber – öffentliche wie privatwirtschaftliche – sind ebenso gefragt wie die Bundes- und

EU-Politik, sich für eine moderne Arbeitszeitpolitik einzusetzen, die die partnerschaftliche Aufteilung von bezahlter Erwerbsarbeit und nicht bezahlter Arbeit im Haushalt fördert. Dazu gehören flexible Arbeitszeitarrangements, Ganztagsbetreuungsangebote für Kinder jeden Alters, Lebensarbeitszeitkonten, aber auch ein gesetzliches Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit“, forderte Wildfeuer.

Die Vorsitzende der CESI-Kommission für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (FEMM), Kirsten Lühmann, zeigte sich angesichts der langsamen Entwicklun-

gen enttäuscht. „Der Index macht wieder einmal deutlich, wie viel Potenzial wir verschenken, indem wir Frauen nicht gleichberechtigt teilhaben lassen und sie die unbezahlte Haus- und Pflegearbeiten verrichten“, sagte Lühmann, die auch stellvertretende dbb Bundesvorsitzende ist. „Dass die Fortschritte bei der Gleichstellung der Geschlechter in zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Union sogar rückläufig sind, ist für mich inakzeptabel. Wir müssen noch ehrgeizigere Schritte unternehmen, damit in allen Lebensbereichen wirkliche und effektive Gleichstellung erreicht wird.“

Nach dem EU-Gleichstellungsindex steigt die Beteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland und den meisten EU-Mitgliedstaaten zwar stetig an, der Großteil der Haus- und Sorgearbeit schlägt sich jedoch weiterhin auf dem Arbeitszeitkonto der Frauen nieder. Demnach verbringt fast jede Frau, aber nur jeder dritte Mann in der EU eine oder mehr Stunden pro Tag mit Hausarbeit. Zudem haben Männer mehr Zeit für Sport-, Kultur- und Freizeitaktivitäten.  
(03/35/17)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

### Bayerischer Beamtenbund begeht 100. Gründungsjubiläum

Mit einem Festakt hat der Bayerische Beamtenbund (BBB) am 18. Oktober 2017 in München sein 100-jähriges Bestehen gefeiert. „100 Jahre Bayerischer Beamtenbund – ein Jahrhundert gewerkschaftlicher Arbeit im Streben nach gerechten Arbeitsbedingungen für alle. Heute haben wir einen öffentlichen Dienst, der die stabile Grundlage des Staatswesens bildet und der ein echter Standortvorteil Bayerns und sogar der gesamten Bundesrepublik geworden ist. So wollen wir – gemeinsam mit Landtag und Staatsregierung – weitermachen.“ Das sagte BBB-Chef Rolf Habermann anlässlich der Feierlichkeiten zum Jubiläum.

Am 19. Oktober 1917 war der Bayerische Beamten- und Lehrerbund gegründet worden. Der Zweck der Förderung der rechtlichen, wirtschaftlichen und beruflichen Angelegenheiten der öffentlichen Beamten und Lehrer Bayerns war bereits in der ersten Satzung niedergeschrieben. In den folgenden Zeiten hatte sich der Verband in schwierigen politischen Zeiten zu behaupten. Der Wechsel von Monarchie zu Freistaat, Weimarer Republik, die Zwangspause im Dritten Reich sowie die Neugründung nach Ende des Zweiten Weltkriegs forderte auch einen Wandel im Selbstverständnis der Beamtenschaft, den der Beamtenbund maßgeblich beeinflusste.

Zum Festakt konnte Habermann, der seit 2002 an der Spitze des BBB steht, rund 400 Gäste aus Bundes- und Landespolitik, allen Bereichen und Ebenen der Verwaltung, der Judikative und des dbb begrüßen. Die Festrede hielt Staatsminister Markus Söder in Vertretung des Bayerischen Ministerpräsidenten. Klaus Dauerstädt, Bundesvorsitzender des dbb beamtenbund und tarifunion, schloss sich in seinem Grußwort einer Aussage des Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer aus dem Jahr 2013 an: „Die bayerische Verwaltung hat einen hervorragenden Ruf. Dafür danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im öffentlichen Dienst.“  
(04/35/17)

### dbb sachsen-anhalt: Tarifergebnis wird im Vorgriff übertragen

Der dbb sachsen-anhalt hat durchgesetzt, dass das Tarifergebnis auf die Beamtinnen und Beamten im Vorgriff übertragen wird. Zudem wird für das Weihnachtsgeld eine gesetzliche Grundlage geschaffen, die noch in diesem Jahr in Kraft tritt. Das teilte der dbb Landesbund am 19. Oktober 2017 mit.

Der Finanzausschuss des Magdeburger Landtages hatte am Vortag dem Vorschlag von Finanzminister André Schröder zugestimmt, im Vorgriff auf das Inkrafttreten des Artikelgesetzes im Zahlmonat November 2017 die Besol-

dung der Beamtinnen und Beamten rückwirkend zum 1. Januar 2017 um zwei Prozent (jedoch mindestens um 75 Euro monatlich) anzuheben. Der monatliche Anwärtergrundbetrag erhöht sich rückwirkend zum Jahresbe-

ginn 2017 um 35 Euro. Die Vorgriffsregelung umfasst vorsorglich auch die lineare Erhöhung der Grundgehälter um 2,35 Prozent und der Anwärtergrundbeträge um 35 Euro zum 1. Januar 2018. Der Finanzausschuss hat auch den Weg frei gemacht für die Schaffung einer gesetzlichen Regelung für die Gewährung des Weihnachtsgeldes. Diese könnte in der nächsten Sitzung des Landtages am 26./27. Oktober 2017 beschlossen werden, so dass die Auszahlung bereits Ende November 2017 erfolgen könnte.

„Die Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes ist ein großer Erfolg des Beamtenbundes, auch wenn die Höhe, 600 Euro bis A 8, 400 Euro für die übrigen Besoldungsempfänger und 200 Euro für Anwärter und Versorgungsempfänger ganz und gar nicht unseren Erwartungen entspricht. Wir werden weiter für eine schrittweise Anhebung auf die Höhe des Weihnachtsgeldes der Tarifbeschäftigten und den Einbau in das Grundgehalt werben“, sagte dbb Landesvorsitzender Wolfgang Ladebeck.  
(05/35/17)

## Schleswig-Holstein: Daseinsvorsorge verträgt kein unternehmerisches Risiko

**Der dbb schleswig-holstein fordert Klarheit, welche Aufgaben im öffentlichen Dienst angesiedelt sein müssen. Dass eine solche Debatte erforderlich ist, werde beispielhaft an der vorgesehenen Änderung des schleswig-holsteinischen Rettungsdienstgesetzes deutlich, so der dbb Landesbundvorsitzende Kai Tellkamp am 18. Oktober 2017: „Wenn es um Sicherheit und Gesundheit geht, dürfen die damit verbundenen Leistungen der Daseinsvorsorge nicht einem unternehmerischen Risiko ausgesetzt werden.“**

Deshalb stößt das Vorgaben der Landesregierung, die Notfallrettung außerhalb des öffentlichen Rettungsdienstes zuzulassen, beim dbb sh auf Kritik und Widerstand, machte Tellkamp deutlich. Rettungsdienst und Notfallrettung seien durch Gemeinwohlorientierung und nicht durch wirtschaftliche Interessen geprägt. Deshalb müsse Druck auf Personalkosten aus Wettbewerbsgründen vermieden werden. „Wenn der Weg für Lohndumping geebnet wird, zeigt das eine mangelnde Wertschätzung gegenüber den Beschäftigten, die diese psychisch und physisch belastenden Aufgaben übernehmen. Zudem sind noch nicht einmal Vorteile für öffentliche Haushalte zu erwarten,

da die Kosten des Rettungsdienstes refinanziert werden. Es wären sogar Nachteile zu befürchten, weil mit Genehmigungsverfahren auch ein erhöhter Verwaltungsaufwand verbunden wäre“, so Tellkamp.

Der Rettungsdienst sei ein typisches Beispiel dafür, dass eine klare Linie erforderlich ist, welche Aufgaben der öffentliche Dienst zu erbringen hat. Dies fördere Effizienz, Rechts- und Planungssicherheit, faire Löhne und die Gewährleistung einer funktionierenden sowie politisch steuerbaren öffentlichen Aufgabenerfüllung.  
(06/35/17)

## VBB begrüßt verbesserte europäische Zusammenarbeit bei der Verteidigung

**„Wir begrüßen die Bemühungen um eine bessere europäische Koordinierung und Zusammenarbeit in der Verteidigung“, sagte der Bundesvorsitzende des Verbandes der Beamten der Bundeswehr (VBB) und Vizepräsident des Berufsrats Verteidigung der CESI, Wolfram Kamm, am 19. Oktober 2017 in Brüssel. Gleichzeitig betonte er die wichtige Rolle auch der Zivilbediensteten für die Effektivität der europäischen Streitkräfte.**

„Bei allen Bemühungen um Fortschritte in der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik darf nicht vergessen werden, dass keine Armee ohne eine hochqualifizierte Zivilverwaltung erfolgreich operieren kann“, so der VBB Chef. Die Verwaltung stelle unter anderem Organisation und Planung, Transport und Versorgung sicher. Nichtuniformierte Techniker und IT-Experten sorgten für funktionierendes Gerät. „Die Bedeutung der zivilen Komponente

wird angesichts hybrider Bedrohungen und insbesondere der Cyber-Entwicklung qualitativ und quantitativ immer wichtiger.“

Auch Ausbildungsmissionen in Drittstaaten oder friedenssichernde Auslandseinsätze stellen immer größere Anforderungen an die Verwaltung der Streitkräfte. „Wir fordern mehr Austausch, Schulungen auf europäischer Ebene und, wenn gemeinsame Strukturen einge-

richtet werden, auch konkrete Verwendungsperspektiven für das Zivilpersonal der nationalen Streitkräfte“, sagte Kamm. Insgesamt müssten die Streitkräfte als Arbeitgeber attraktiver werden. Dies sei in der Diskussion um

mehr europäische Zusammenarbeit zu berücksichtigen. „Wir brauchen in der Verteidigung auch eine nachhaltige Personalpolitik, Sicherheitspolitik muss ganzheitlich gedacht werden.“ (07/35/17)

## **Namen und Nachrichten**

In Sachsen-Anhalt werden künftig Spezialisten für technische Gebäudeausrüstung verbeamtet. Für sie wird die Laufbahn „Technischer Verwaltungsdienst der Fachrichtung Maschinen- und Elektrotechnik“ eingerichtet. Der dbb sachsen-anhalt begrüßte am 23. Oktober 2017, dass die Landesregierung technisches Fachpersonal im Bau- und Liegenschaftsmanagement wieder verbeamtet will. „Spezialisten mit technischem Know-how sind auf dem Arbeitsmarkt gefragt wie nie. Die Verbeamtung ist ein großer Mehrwert des öffentlichen Dienstes und deshalb wichtig im Wettbewerb zur Gewinnung von Fachkräften.“ Deshalb gehe es hier um ein „gutes Signal“ vor allem an die jungen und gut ausgebildeten Menschen, sich für einen Job im Landesdienst zu entscheiden“, sagte dbb Landeschef **Wolfgang Ladebeck**.

**Heinz-Peter Meidinger**, Bundesvorsitzender des Deutschen Philologenverbandes (DPhV), hat dem neuen sächsischen Kultusminister Frank Haubitz zu seiner Ernennung gratuliert. „Mit Frank Haubitz übernimmt ein in Schul- und Bildungsfragen ausgewiesener Fachmann und Experte dieses wichtige Schlüsselressort in der sächsischen Landesregierung. Das ist eine gute Voraussetzung, um die riesigen Herausforderungen zu meistern, vor denen das säch-

sische Bildungssystem steht, insbesondere die Bewältigung des massiven Lehrermangels“, sagte Meidinger am 23. Oktober 2017. Im Fall auftretender Differenzen und unterschiedlicher Schwerpunktsetzungen zwischen Ministerium und Lehrerverbänden, bot der DPhV-Bundesvorsitzende dem neuen Kultusminister die konstruktive Mitarbeit seines Verbandes an. Haubitz war bis zu seiner Ernennung Vorsitzender des Sächsischen Philologenverbandes.

Zu seinem ersten Gewerkschaftstag nach der Neustrukturierung ist der FWSV (Fachverband Wasser- und Schifffahrtsverwaltung) vom 9. bis 11. Oktober 2017 in Würzburg zusammengekommen. Es wurden nach der Reform notwendig gewordene Satzungsänderungen beschlossen und ein neuer Bundesvorstand gewählt. Danach folgte die Neuwahl des Bundesvorstandes. Einstimmig gewählt wurden **Egon Höfling** als Bundesvorsitzender, Franz Möden als stellvertretender Bundesvorsitzender, Herro Herlyn als Kassenführer, Andreas Gutberlet als Justitiar, Britta Kien als Schriftführerin sowie Hartmut Janke als Bevollmächtigter für Tarifangelegenheiten. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Neuausrichtung der Verbandsarbeit. (08/35/17)

Kommende Termine:

**dbb Gewerkschaftstag 2017**  
19. - 21. November 2017, Berlin